

Kosten von 353 000 Franken – pro Monat

Für die Überprüfung der Zertifikatspflicht an den Luzerner Hochschulen stehen zahlreiche private Sicherheitsfachleute im Einsatz.

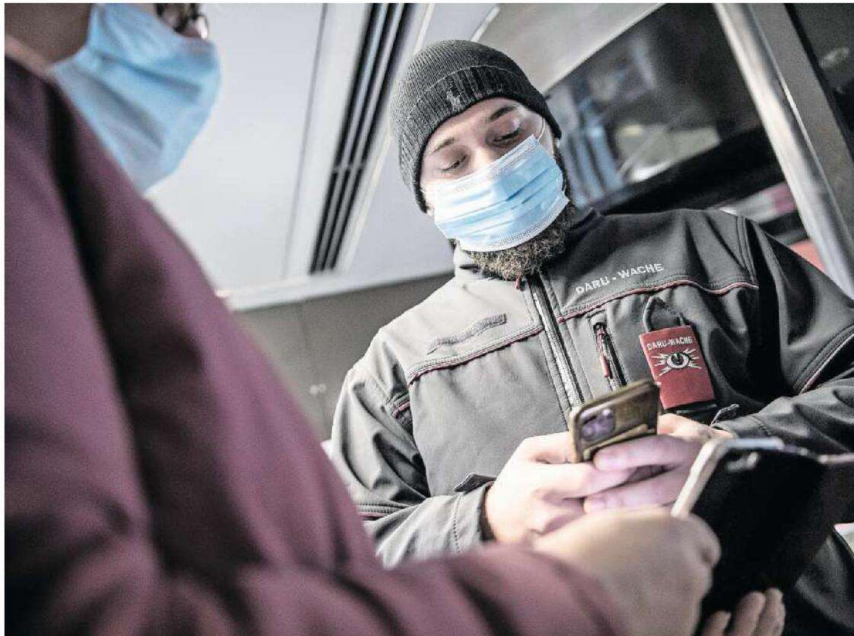
Alexander von Däniken

3G ist spätestens seit diesem Herbst für Tausende Luzerner Studierende mehr als ein veralteter Mobilfunkstandard. Wer an der Hochschule, Universität oder Pädagogischen Hochschule eine Veranstaltung besuchen will, muss geimpft, genesen oder getestet sein. Kontrolliert werden die Zertifikate von externen Sicherheitsdiensten. Unsere Zeitung wollte wissen, was das kostet.

An der Hochschule Luzern gilt die Zertifikatspflicht seit dem 20. September für die rund 8000 Studierenden, aber auch für Dozierende und Mitarbeitende. Entsprechend gross ist der Kontrollaufwand über die sechs Departemente an verschiedenen Standorten. Laut Mediensprecherin Sigrîd Cariola sind deshalb über den Tag verteilt zwischen 20 und 30 Personen im Einsatz. Die Kosten dafür haben sich im Oktober auf rund 290 000 Franken belaufen. Immerhin: Die Kontrollen verlaufen laut Cariola bisher problemlos. «Während der Einführungsphase gab es vereinzelt Diskussionen, doch diese verliefen weitgehend sachlich und respektvoll. Die ganz grosse Mehrheit der Studierenden schätzt es sehr, dass wieder Präsenzunterricht möglich ist.»

Auch Dozierende können kontrollieren

Ebenfalls auf externes Personal setzt die Universität Luzern, an der seit 20. September die Zertifikatspflicht für Studierende gilt. Mediensprecher Lukas Portmann: «Bei den regulären Lehrveranstaltungen finden regel-



Zertifikatskontrolle vor dem Departement Wirtschaft der Hochschule Luzern.

Bild: Pius Amrein (Luzern, 30. November 2021)

mässige, systematische Kontrollen statt, um die Einhaltung der Zertifikatspflicht zu gewährleisten.» Die Kontrollen bei den regulären Lehrveranstaltungen würden von vier Personen durchgeführt. «Dozierende können in ihren Veranstaltungen zusätzliche Kontrollen durchführen.»

Die Kontrollen im Uni/PH-Gebäude kosten laut Portmann

rund 23 000 Franken pro Monat. Darin seien die Aufwände für die Kontrollen in den Hörsälen der PH und der Bibliothek im Uni/PH-Gebäude eingeschlossen. Auch an der Uni sei die Massnahme akzeptiert. «Wir spüren eine grosse Zufriedenheit, dass dank des Zertifikats wieder Präsenzunterricht möglich ist.»

Die Pädagogische Hochschule hat ihrerseits vier Personen beauftragt, welche Zertifikatskontrollen vornehmen. Das kostet pro Monat ebenfalls gut 40 000 Franken, wie Mediensprecher Marco von Ah sagt. Die grosse Mehrheit der Studierenden trage die Massnahmen mit. Sie wisse, dass die Zertifikatspflicht Voraussetzung für Präsenzunter-

richt an der PH Luzern sei. «Einzelne Personen mussten wegweisen werden, weil sie kein gültiges Zertifikat hatten.» Kritische Rückmeldungen von Studierenden hätten sich hauptsächlich auf die Testkosten und die Verfügbarkeit von Testoptionen bezogen. Darum habe die PH gemeinsam mit den Hochschulen ein eigenes Testangebot

aufgebaut. Die Testkosten für die eigenen Studierenden trage die PH.

Zur Zertifikatspflicht kommt nun auch Maskenpflicht

Die Zertifikatskontrolle an den drei Luzerner Hochschulen zusammen kostet also rund 353 000 Franken pro Monat. Die Schulen passen ausserdem ihr Schutzkonzept laufend an die epidemiologische Lage an. An der Hochschule Luzern gilt zum Beispiel seit Montag für alle Räume zusätzlich eine Maskenpflicht. Nur wenn ein fester Platz eingenommen wird und konstant ein Abstand von 1,5 Metern zu anderen Personen eingehalten werden kann, darf die Maske abgenommen werden.

An der Universität gilt seit 23. November in allen Räumen eine allgemeine Maskenpflicht und Abstandsspflicht. Davon ausgenommen sind einzig Mitarbeitende, die sich allein in einem Büro aufhalten. Eine Ausnahme gilt auch für Dozierende während ihrer Ausführungen an Veranstaltungen mit Zertifikatspflicht – aber nur, wenn jederzeit ein Mindestabstand von 1,5 Metern zu den Teilnehmenden eingehalten wird. Zudem finden die Lehrveranstaltungen ab Dezember digital statt. Das war für die Winteruniversiade so vorgesehen und wird nun auch nach deren Absage beibehalten. Die Mensa bleibt zu den normalen Öffnungszeiten bis am 23. Dezember 2021 in Betrieb, danach ist sie bis und mit 9. Januar 2022 geschlossen. An der PH gilt ebenfalls seit 23. November eine allgemeine Maskenpflicht in allen Lehrveranstaltungen und bei allen Weiterbildungskursen.

Gesundheitsdirektor Guido Graf rüffelt den Bundesrat

Dass der Bundesrat schärfere Coronaregeln kommuniziert, bezeichnet der Luzerner Mitte-Regierungsrat Guido Graf als «befremdlich».

Bis heute Abend können die Kantone dem Bundesrat melden, was sie von dessen vorgeschlagenen Corona-Schutzmassnahmen halten. Dazu gehören eine Ausweitung der Zertifikatspflicht auf alle öffentlich zugänglichen Veranstaltungen in Innenräumen und auf alle sportlichen und kulturellen Aktivitäten von Laien in Innenräumen. Auch bei privaten Treffen im Familien- und Freundeskreis in Innenbereichen soll künftig ab elf Personen eine Zertifikatspflicht gelten.

Zudem will der Bundesrat für alle Innenbereiche von öffentlich zugänglichen Betrieben und Einrichtungen mit Zertifikatspflicht inklusive der zertifikatspflichtigen Veranstaltungen im Freien ab 300 Personen eine Maskenpflicht einführen. Wer in einem Restaurant isst oder trinkt, müsste dies künftig wieder sitzend tun. Zur Einschränkung der Kontakte am Arbeitsplatz schlägt der Bundesrat drei Varianten vor, und PCR-Tests sollen nicht mehr 72 Stunden, sondern nur noch deren 48 gültig

sein. Auch die Gültigkeit der Antigen-Schnelltests möchte die Landesregierung reduzieren: von 48 auf 24 Stunden. Nachdem die Rückmeldungen der Kantone eingetroffen sind, will die Landesregierung bis am Freitag entscheiden. Die Massnahmen sollen vorerst bis zum 24. Januar 2022 befristet sein.

Kommunikation des Bundes sei «überraschend»

Für den Luzerner Gesundheitsdirektor Guido Graf ist die Kommunikation des Bundes und der Umgang mit den Kantonen «befremdlich», wie er auf Anfrage sagt. Die Luzerner Regierung habe in den vergangenen Tagen mit verschiedenen Institutionen und Organisationen nämlich «intensive Gespräche geführt, um weitergehende Massnahmen zu beschliessen, die auch von der breiten Bevölkerung möglichst gut mitgetragen werden».

Diese Gespräche seien erfolgt, nachdem sich der Bundesrat in den vergangenen Tagen mehrmals geweigert habe,

«Die Kommunikation unserer Massnahmen macht wenig Sinn, wenn diese sowieso teilweise vom Bund übersteuert werden.»



Guido Graf
Luzerner Gesundheitsdirektor

Massnahmen zu ergreifen und immer wieder betont habe, die Kantone seien jetzt in der Pflicht. Die Luzerner Regierung habe in der Folge am Dienstag ein umfassendes und breit abgestütztes Massnahmenpaket

Für die Tribünen-Ausnahme

Kantonsrat Die Staatspolitische Kommission (SPK) stimmt einer vorgeschlagenen Änderung des Kantonsratsgesetzes grossmehrfach zu und ist somit für die Covid-19-Zertifikatspflicht an Sitzungen des Luzerner Kantonsrats. Die SPK beurteilt die Anpassung gemäss einer Medienmitteilung als wirksam, zweck- und verhältnismässig.

Die Kommission unter dem Vorsitz von Angela Lüthold (SVP, Nottwil) beantragt jedoch ebenfalls grossmehrfach eine Ausnahme: Ratsmitglieder, die über kein Zertifikat verfügen, sollen Zutritt zur Tribüne erhal-

ten und von dort aus an der Session teilnehmen können. Damit werde die Möglichkeit zur staatspolitischen Diskussion im gesamten Kantonsrat geschaffen. Laut SPK gilt es, den Eingriff in die persönliche Freiheit im Hinblick auf die Ausübung des politischen Mandats als gewählte Volksvertreterin respektive gewählter Volksvertreter abzuwägen.

Die vorgeschlagene Regelung würde eine Rückkehr in den Kantonsratssaal erlauben. So könnten erhebliche Kosten gespart werden. Das Geschäft wird an der Dezember-Session in erster Lesung behandelt. (cpm)

verabschiedet. Gleichentags und noch bevor der Kanton Luzern diese Massnahmen kommuniziert habe, sei der Bundesrat überraschend an die Öffentlichkeit getreten und mitzuteilen, dass er nun doch

kurzfristig konkrete Massnahmen erlassen werde. Die Luzerner Regierung habe ihre beschlossenen Massnahmen deshalb gar nicht erst kommuniziert – «weil es wenig Sinn macht, wenn diese sowie-

so teilweise vom Bund übersteuert werden».

Ungeachtet der bundesrätlichen Entscheide haben die Zuger und Schwyzer Regierung bereits gestern strengere Massnahmen beschlossen: Sie führen für Personen ab 12 Jahren eine generelle Maskenpflicht in allen öffentlich zugänglichen Innenräumen ein. Im Kanton Zug müssen auch alle Lehrpersonen sowie sämtliche Schülerinnen und Schüler ab der Primarstufe eine Maske tragen. Die Schwyzer Exekutive spricht im Gegensatz zu jener in Zug auch eine Homeoffice-Empfehlung aus. Die Regeln gelten in beiden Kantonen ab Donnerstag, dem 2. Dezember. In Zug dauert das schärfere Regime bis zum 20. Februar 2022, in Schwyz nur bis zum 24. Dezember.

Im Kanton Uri können sich ab Freitag alle über 16-Jährigen für eine Auffrischimpfung anmelden. Nid- und Obwalden haben gestern keine neuen Massnahmen kommuniziert.

Lukas Nussbaumer